



öffentlich

**Betreff:**

Bündnis für Wohnen und Stärkung des sozialen Wohnungsbaues

<b>Einreicher:</b> Fraktion CDU/ANW, Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	Erstellungsdatum	18.09.2014
	Eingang 922:	

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.11.2014	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- zur Erreichung einer möglichst breit angelegten Strategie zur Verbesserung des Angebotes an Wohnungen in Potsdam ein „Bündnis für Wohnen“ ins Leben zu rufen, zu dem die Akteure des Wohnungsmarktes eingeladen werden. Dies sind im Einzelnen die privaten Wohnungsunternehmen, die privaten Eigentümer, die Genossenschaften, die städtischen Wohnungsunternehmen sowie die Mieter. Auf diesem Weg soll eine Abstimmung zwischen lokaler Wohnungswirtschaft, Eigentümern, Politik und Verwaltung, sowie zur Förderung des Baus von Wohnungen möglich werden. Die Beteiligung kann auch über die jeweiligen Verbände erfolgen.
- zur Verbesserung des Wohnungsangebotes im Bereich der belegungsgebundenen Wohnungen und für Nachfrager mit geringerem Einkommen darauf hinzuwirken, dass die Pro Potsdam sich stärker als bisher auf eine sozial ausgerichtete Bewirtschaftung fokussiert und hinsichtlich der Erweiterung des städtischen Wohnungsbestandes auf geförderten Wohnraum konzentriert.

gez. Matthias Finken  
Fraktionsvorsitzender  
CDU/ANW

gez. Peter Schultheiß  
Fraktionsvorsitzender  
Potsdamer Demokraten /BVB Freie Wähler

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Beschlussverfolgung gewünscht:**

**Termin:**

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die derzeitige zu geringe Leerstands-Quote bei Wohnraum in der Landeshauptstadt Potsdam zeigt deutlich auf, dass die Nachfrage nach Wohnraum im Besorgnis erregendem Maß nicht bedient wird. Die Landeshauptstadt ist daher gehalten Maßnahmen zu ergreifen, um diesem entgegenzuwirken. Hierzu ist eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten auf dem Wohnungsmarkt erforderlich, die von der Landeshauptstadt zu befördern ist. Durch einen verstärkten Dialog mit den Akteuren des Wohnungsmarktes und eine aus dem Dialog resultierende Förderung des Wohnungsbaus, kann die Landeshauptstadt einer weiteren Steigerung der Kaltmieten entgegenwirken und eine ausreichende Versorgung mit Wohnraum sicherstellen. Diese Förderung des Wohnungsbaus ist zusätzlich durch ein verstärktes Engagement der Landeshauptstadt im Bereich des sozialen Wohnungsbaues zu flankieren, damit auch Einwohner mit geringerem Einkommen eine verbesserte Situation auf dem Wohnungsmarkt vorfinden und die Landeshauptstadt ihrer Aufgabe einer „Verbesserung der Wohnungen der Einwohner durch den sozialen Wohnungsbau und die Förderung des privaten und genossenschaftlichen Bauens sowie durch eine sozial gerechte Verteilung von Wohnraum“ gerecht wird.